Materialien zum Fachkongress 32

Fortschritt für die 90er:

Moderne Technik in einer humanen Arbeitswelt.

B3

Oskar Lafontaine

(Ministerpräsident des Saarlandes,
stellv. Vorsitzender der SPD)

"Neue Technologien - Effizienz und Komplexität vereinbar mit Demokratisierung und Humanisierung?"

Es gilt das gesprochene Wort

SPD

"Neue Technologien - Effizienz und Komplexität vereinbar mit Demokratisierung und Humanisierung?"

Der technologische Wandel hat in den vergangenen Jahren tiefgreifende Veränderungsprozesse in den ökonomischen, politischen und kulturellen Grundlagen unserer Gesellschaft in Gang gesetzt. Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind bislang vielfach noch schwer überschaubar. Wir bedürfen deshalb in besonderem Maße gesellschaftlicher Leitbilder und Zielkriterien, nach denen wir die technologischen Innovationen überprüfen können. Technologischer Überschwang wie kurzatmige Panikmache sind dabei schlechte Ratgeber. Vielmehr erfordern die jeweiligen Chancen und Risiken der Technik eine verantwortliche Gestaltung nach technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Maßstäben und Zwecksetzungen.

Dabei kann es zu Konflikten kommen, die Verantwortungsprobleme schaffen, denn die Vor- und Nachteile der Technologien verteilen sich niemals gleichmäßig auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft. Dies gilt für die Informations- und Kommunikationstechnologien in Produktion wie im Alltag, für die Energietechnik, die Verkehrstechnik oder die Bio- und Gentechnologie. Ihre ökologischen Auswirkungen betreffen das Leben der Menschen gleichermaßen. Doch sie zeitigen die unterschiedlichsten sozialen Konsequenzen, schaffen neue Lebenszusammenhänge und unterliegen einem je nach Lage differierenden ökonomischen Interessenkalkül.

Meine Damen und Herren,
für uns Sozialdemokraten gilt: Technischer Fortschritt ist immer daran zu messen, ob und inwieweit er sozialer und humaner Fortschritt ist. Es geht darum, den Prozeß der Entwicklung und Anwendung neuer Techniken so zu steuern, daß aus der Fülle der Möglichkeiten diejenigen erkannt, ausgewählt und umgesetzt werden, die sozial erwünscht und ökologisch vertretbar sind. Es kann und darf nicht sein, daß alle technischen Möglichkeiten in der Bio- und Gentechnik,

in der Rüstungs- und Raumfahrtechnik, in der Energie- und Verkehrstechnik zunächst einmal realisiert werden, ohne ihre Folgen, ihren Sinn und ihre Kosten zu überdenken. Gefordert ist nicht ein Technikverbot, sondern ein Übermaßverbot. Wir erteilen dem Neuen keine Absage, wir stellen einer Technologie aber auch keine Generalvollmacht aus. Es geht um einen kontrollierten Prozeß der Technikgestaltung und Technologiefolgenabschätzung. Technik und technischer Wandel sind keine Dämonen - solange wir sie unter die Kontrolle bewußter Optionen und der Zukunftsverantwortung verpflichteter Planungen stellen.

Bernd Guggenberger hat in einem bemerkenswerten Essay auf die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der technologischen Entwicklung hingewiesen. Er schrieb: "Wir müssen flexibel sein, weil wir in einem nie dagewesenen Maße die Umweltbedingungen verändern, unter denen wir existieren. Nicht die Technik garantiert Sicherheit, sondern nur die Technik im Zusammenwirken mit gesellschaftlichen Institutionen und Regeln, die die gesellschaftlich erzeugten Gefahren gesellschaftlicher Vorsorge und Mitbestimmung öffnen."

Das Problem liegt nicht in der Technik schlechthin, sondern in der Größe und Geschwindigkeit sowie dem daraus resultierenden Anwendungsdruck einer Technik, die die Gesellschaft und die Individuen gleichsam in ihre Strukturen hineinzwingt. Insbesondere großtechnologische Systeme beschneiden die sozialen Wandlungsfähigkeiten. Sie binden gewaltige Investitionssummen und verengen Entscheidungsspielräume. An die Stelle korrigierbarer, flexibler Zukunftsoptionen treten Sachzwänge, die immer auch sich stetig erweiternde Denk- und Handlungszwänge nach sich ziehen.

Ein im negativen Sinne eindrucksvolles Beispiel für eine zukunftsblinde, von Sachzwängen geprägten Politik ist die Atomenergie. Die in die Investitionsruinen der Kernenergie in Wackersdorf, in Kalkar oder in Hamm-Uentrop verschleuderten Milliarden fehlen bei der Entwicklung umwelt- und sozialverträglicher Energieversorgungssysteme.

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

wir brauchen eine gesellschaftlich domestizierte Technik, deren Einsatz mit einer ökologischen und demokratischen Gesellschaftsordnung, mit dem Ziel der Schaffung humaner Arbeitsplätze und der Erhaltung und Förderung unbeschädigter individueller Lebensweisen in Einklang zu bringen ist.

Die Entwicklung neuer Technologien hat keinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens mehr verändert als die Arbeitswelt. Hier gilt es in besonderem Maße neben der Steuerung des technologischen Wandels auch soziale Innovationen auf den Feldern der Organisation und Verteilung von Arbeit, der Mitbestimmung, der Bildung und Freizeit und der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern voranzutreiben.

Die technologischen Veränderungen in der gesellschaftlichen Produktion setzten eine enorme Dynamik der Produktivität frei. Es werden immer schneller, immer mehr und qualitativ bessere Güter produziert. Der Anteil an menschlicher Arbeit pro erzeugtem Wirtschaftsgut nimmt dagegen exponentiell ab. In vielen Bereichen hat der Mensch in der Maschine bereits seinen Nachfolger gefunden.

Die Strategie einer forcierten Arbeitsteilung und der Einsatz von Technik bis hin zur Automatisierung ließ viele entfremdende und kraftraubende Tätigkeiten aus dem Produktionsprozeß verschwinden. Zugleich bedroht uns die steigende Arbeitsproduktivität mit einer wachsenden Arbeitslosigkeit.

Das Resultat der herrschenden, auf quantitatives Wachstum fixierten und im Hinblick auf ihre Sozialverträglichkeit unzureichend organisierten Wirtschaftspolitik ist eine gespaltene Gesellschaft mit einem produktiven Kern von Beschäftigten und einem breiter werdenden Rand von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und sozial Deklassierten.

Dieses von neokonservativer Seite betriebene Projekt einer Zweidrittelgesellschaft ist mithin das Ergebnis einer Technologiepolitik, die ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht wird. Jürgen Habermas hat zu Recht die Überwindung dieses neuen gesellschaftlichen Antagonismus als die entscheidende politische Herausforderung der kommenden Jahre bezeichnet. Es gilt hier einer erweiterten, neu bestimmten gesellschaftlichen Solidarität mit einer offensiven Beschäftigungspolitik zum Durchbruch zu verhelfen: Sozialverträgliche Technikpolitik muß immer der Leitidee sozialer Gerechtigkeit verpflichtet sein. Deshalb brauchen wir eine Verkürzung der Arbeitszeit und die gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit.

Eine solche Strategie birgt zudem die Chance, im Wege der Arbeitszeitverkürzung den Menschen Freiräume für selbstbestimmte Tätigkeiten in der Familie oder im sozialen Umfeld zu schaffen. Wenn die Menschen für die Erwerbsarbeit immer weniger Zeit aufbringen müssen, erschließen sie sich neue Möglichkeiten der persönlichen und kollektiven Lebensgestaltung. André Gorz hat diese Zusammenhänge in seinem neuen Buch "Kritik der ökonomischen Vernunft" herausgearbeitet. Diese neugewonnenen Freiräume unterstützen im übrigen auch notwendige Entwicklungen hin zu einer Gleichberechtigung der Geschlechter und sei es auch nur, daß sie Rahmenbedingungen und pädagogische Anreize zum "Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit" der Männer im Haushalt setzen.

Meine Damen und Herren,

sozialer Fortschritt der Industriezivilisation heißt auch, die individuelle und kollektive Beteiligung an den politischen, wirtschaftlichen und technologischen Entscheidungen zu stärken. Informations- und Kommunikationstechnologien verändern zusehends den Charakter der Arbeit. Der Wert qualifizierter Arbeit wird dabei wieder neu entdeckt. Die Selbstständigkeit und Kreativität der Arbeitenden erfährt zunehmende Wertschätzung. Der technologische Wandel hat Möglichkeiten freigelegt, die Aufgaben der Arbeitenden auf einem höheren Niveau von Qualifikation und fachlicher Souveränität anzusiedeln. An die Stelle einer großen Zahl Gering- oder

Unqualifizierter tritt zunehmend eine kleine Zahl "professionalisierter Automationsarbeiter", wie sie Ulrich Beck genannt hat.

Doch neben dieser Ausdifferenzierung der beruflichen Strukturen verläuft eine Tendenz wachsender Entfremdung. Die Produktionsvorgänge werden komplexer, undurchschaubarer und abstrakter. Der Arbeitsprozeß wird nicht mehr ganzheitlich erlebt. Er ist nicht auf Kooperation und Kommunikation angelegt, sondern er basiert auf einer Vereinzelung des Arbeitnehmers. Der Zuwachs an Souveränität und Kreativität korrespondiert mit einem Verlust an betrieblicher und gesellschaftlicher Solidarität.

Es muß deshalb jetzt und künftig darum gehen, die Individualisierung in der Arbeit und die damit verbundenen Möglichkeiten mit der Forderung nach einer erweiterten gesellschaftlichen Solidarität zu verknüpfen. Nur in dem Maße, wie den Einzelnen die Möglichkeit gegeben wird, ihren Teil Verantwortung in der Arbeit zu tragen, kann es künftig gelingen, die Gefahren einer gesellschaftlichen Entsolidarisierung zu bannen. Das Leitbild des Arbeitnehmers der Zukunft ist nicht das eines passiven, unmündigen Lohnempfängers und Konsumenten, sondern das eines kompetenten und mitspracheberechtigen Mitarbeiters. Der technische Fortschritt muß nicht nur der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit und konkreten Solidarität verpflichtet sein. Als gesellschaftlicher Fortschritt verlangt er auch die Einrichtung und Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung, der Produkt- und Technikmitbestimmung.

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

die Dringlichkeit des Schutzes einer unbeeinflußten, unbeschädigten Individualität als Voraussetzung eines solidarischen Verhaltens ist im Arbeitsprozeß wie im Alltagsleben gleichermaßen groß. Gerade im Zeitalter einer Risikogesellschaft geht es darum, die Idee der Freiheit, d.h. das Recht eines jedes Menschen, sein Leben so weit wie möglich selbst zu bestimmen, konsequent zu Ende zu denken. Die Freiheit bedarf sowohl der Autonomie als auch der Kompetenz, sie beruht auf Spontaneität wie auf Subjektivität. Die technologischen Entwicklungen der vergangenen Jahre erschließen hier neue

Möglichkeiten der Bildung, der Mobilität, der Erweiterung des Horizontes, der Unterhaltung wie der Entspannung. Zugleich bergen sie nicht zu unterschätzende Gefahren in sich. Wir erleben eine zunehmende ökonomische Vereinnahmung der Freizeit. Kulturindustrie und Unterhaltungselektronik bemächtigen sich des menschlichen Fühlens und Wollens. Medienwissenschaftler sehen bereits Gefahren mentaler Verelendung und sinnlicher Entmündigung, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Der amerikanische Medienforscher Neil Postman spricht gar von einem neuen Analphabetismus.

Es geht hier nicht um eine Verteufelung neuer Unterhaltungsmedien ebensowenig wie um eine politische Einflußnahme auf persönliche Vorlieben. Es geht aber darum, daß wir verhindern, daß lebenswichtige und für die Identitätsfindung des Einzelnen bestimmende Bereiche nach dem Muster einer gewinn- und herrschaftsorientierten Verwertungslogik organisiert werden. Nur dann ist es möglich, die Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung voranzutreiben, in der die Menschen nicht vereinzelt, ausgegrenzt, verwaltet und manipuliert werden, sondern in einer substantiellen Demokratie ihre Arbeits- und Lebensformen selbst bestimmen.

Dieses Leitbild einer auf Gerechtigkeit und Solidarität gegründeten demokratischen Gesellschaft fordert ein Plädoyer für den menschengerechten Einsatz der neuen Technologien:

- Anpassung der Technologie an den Menschen und nicht umgekehrt, d.h. Humanität
- Kontrollfreundlichkeit und Überschaubarkeit der Technik, d.h. Förderung zwischenmenschlicher Kommunikation und Solidarität
- Umfassende Mitgestaltung der Betroffenen, d.h. Demokratie
- Verkürzung der Arbeitszeit und Schaffung neuer Arbeitsplätze, d.h. Vollzug der Sozialstaatsidee.

Meine Damen und Herren,

Charlie Chaplin hat in seinem Film "Moderne Zeiten", der den Fachkongreß inhaltlich inspirieren soll und auch kulturell umrahmt, das Bild einer entseelten, die Menschen in ihr Räderwerk mechanisch integrierenden Maschinengesellschaft gezeichnet. Paul Valéry hat

bereits im Jahre 1925 diese negative Utopie noch zugespitzt als er schrieb: "Unsere Zivilisation nimmt die Struktur und die Eigenschaft einer Maschine an. Diese Maschine wird sich mit nichts geringerem als der Weltherrschaft abfinden; sie wird keinem Menschen gestatten zu überleben, außerhalb ihrer Kontrolle und ohne in ihre Funktion einbezogen zu sein. (...) Sie kann sich mit unbestimmten Lebensweisen innerhalb ihres Funktionsbereiches nicht abfinden. Ihre Präzision (...) kann keine Vagheit oder gesellschaftliche Sprunghaftigkeit ertragen, und ungeregelte Situationen sind mit gutem Funktionieren unvereinbar." Eine derartige Maschinengesellschaft, wie sie Valérys düstere Vision beschwört, ist allerdings nur denkbar, wenn wir gestatten, daß für das menschliche Verhalten Prinzipien angewandt werden, die für die physikalische und mechanische Welt verbindlich sind.

Wenn wir einer ungezügelten Technik huldigen, statt sie auf Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu verpflichten. Unter der Ägide einer solchen entfesselten Technik könnte eine Gesellschaft entstehen, die den Insektenstaaten, die seit Millionen von Jahren ihrer Struktur nach gleich geblieben sind, ähnlich wäre. Mit der einen, aber entscheidenden Abweichung, daß sie zugleich ein Selbstvernichtungspotential anhäufen würde, das jede Vorstellung sprengt.

Doch, wie gesagt, dies ist zunächst nur eine negative Utopie. Und die Funktion einer jeden negativen Utopie besteht darin, einer Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten und sie zum Nachdenken, zur Kommunikation und zu praktisch eingreifendem und abhelfenden Handeln anzuleiten, ja zu nötigen.

Wir müssen solche provokatorischen Visionen ernst nehmen, wenn wir den Gefahren unser technischen Risikozivilisation begegnen wollen. Entscheidend für eine ökologische und sozialverträgliche Technikgestaltung ist das Entstehen eines öffentlichen Diskurses, der zur weiteren Sensibilisierung für die gesellschaftliche Dimension der Technik beiträgt. Dazu treten müssen politische Anstrengungen für eine neue Beschäftigungspolitik, für eine Erweiterung der Mitbestimmung und für veränderte Förder- und Entscheidungsstrukturen. Auch staatliche Forschungsprogramme, die die Entwicklung neuer

Technologien gerade unter gesellschaftswissenschaftlichen Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen betreiben, sind wichtige Bausteine einer zukunftsorientierten Technologiepolitik. Zu allem aber muß ein möglichst breiter gesellschaftlicher Konsens erreicht werden: Dies ist neben der inhaltlichen die demokratische Funktion öffentlicher Dialoge, wie unseres Fachkongresses.